

anderen Anregungen zu geben, und der Versuch, eine bestimmte Öffentlichkeit zu schaffen. Denn die eigene Öffentlichkeit in der DDR war geschlossen, in sie war nicht einzubrechen.

In meinen letzten Jahren vor meiner Ausbürgerung 1988 hatte ich sehr viele Kontakte zu Journalisten und Diplomaten. Wir haben diese bewußt genutzt. Sie waren für uns eine große Hilfe. Heute noch muß ich vielen danken. Sie waren für uns auch Transportwege. Informationen, die aus dem Land hinaus sollten, sind über Journalisten und Diplomaten gegangen. Informationen kamen herein. Es wurde eine isolierte Meinungsbildung durchbrochen; sie haben uns sehr unterstützt, sie waren für uns – das sage ich auch aufgrund der aktuellen Diskussion in den letzten Wochen – sehr wichtig. Sie hatten Schutzfunktion. Sachen, die in der DDR geschehen sind, wurden berichtet, und Öffentlichkeit war auch Schutz.

Ich meine, daß in den Oppositionsgruppen eine einheitliche Meinung darüber herrscht, daß dieser Kontakt unumgänglich und unverzichtbar war. Wer heute versucht, diesen Kontakt auszulegen als zu große Abschöpfung, Agententätigkeit oder ähnliches, der macht sich zum Erfüllungsgehilfen der Stasi. Denn ich sehe aus meinen Akten, daß sie jahrelang versucht hat, diese Kontakte hinzustellen als etwas, was sie nicht waren, nämlich als Agententätigkeit.

Wir haben offen über alle Probleme gesprochen. Vielen Korrespondenten und Journalisten in der ehemaligen DDR, unter anderem den langjährigen Korrespondenten von ARD, Spiegel oder Frankfurter Rundschau, müssen wir heute noch danken; denn vieles in diesem Land wäre ohne ihre Hilfe nicht geschehen.

(Beifall)

Die Herausgabe von „Grenzfall“ oder von Oppositionszeitschriften wäre nicht möglich gewesen, hätte es nicht Leute gegeben, die sich nicht erpressen ließen und die nicht Angst hatten vor diesem Machtapparat, sondern die gesagt haben: Information ist etwas Wichtiges, und wir helfen euch dabei.

(Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Herzlichen Dank, Ralf Hirsch, für den Bericht aus einem Erfahrungsbereich, der mir persönlich am nächsten ist. Als nächsten bitte ich Ronald Dembicki zu uns zu sprechen.

Ronald Dembicki: Ich möchte meine Ausführungen sehr kurz halten und einen Fall schildern, der die Ausreisepaxis betraf, die sicherlich viele hunderttausend Menschen ähnlich erlebt haben.

Fünf Jahre nach 1976, also am 6. Oktober 1981, war ich mit meiner Frau so weit, daß wir den Ausreiseantrag bei den dafür vorgesehenen Behörden, Rat des Stadtbezirks Friedrichshain, abgaben. Wir waren natürlich vorbereitet auf alle Dinge. Man hörte damals schon sehr viel über Repressalien gegenüber Ausreiseantragstellern. Mir wurde gleich verbindlich gesagt, daß ich meine

Tätigkeit – ich war damals im öffentlichen Dienst, bei der BVB (Berliner Verkehrsbetriebe) – in absehbarer Zeit, also in den nächsten Tagen, verlieren würde und daß von mir – wörtlich – „kein Hund mehr einen Knochen nehmen“ würde. Man wollte mich praktisch damit zwingen, innerhalb von acht Tagen meinen Ausreiseantrag zurückzunehmen, oder ich müßte die Konsequenzen voll tragen.

Wir haben den Antrag nicht zurückgenommen, ich in Absprache mit meiner Frau. Die Kinder waren damals zehn und elf Jahre alt. Ich wurde dann auch nach acht Tagen fristlos bei den BVB gekündigt wegen staatsfeindlichen Verhaltens. Man hätte für solche Leute, die „Verrat an der DDR“ üben, in einem öffentlichen Betrieb keinen Platz mehr. Die Repressalien setzten sich fort. Ich versuchte vergebens, in Berliner Großbetrieben eine neue Tätigkeit als Kraftfahrzeugschlosser, als Kraftfahrer aufzunehmen. Die Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen funktionierte also.

Man kann nicht immer nur die Krake Stasi sehen. Ich sehe es auch heute so, daß viele damals über ihren Kompetenzbereich hinaus sich an den Menschen vergangen haben. Sie schieben heute leider die Verantwortung sehr weit von sich weg. Früher hatten sie alle große Kompetenzen: Abteilungsleiter, Kaderleiter. So könnte man viele aufzählen. Aber sie versuchen heute, die Schuld von sich zu weisen.

Ganz kurz die Reihenfolge der Repressalien: Man drohte von seiten der Schule und vom Rat des Stadtbezirks Friedrichshain, Abteilung Innere Angelegenheiten, man könne nicht zulassen, daß die Kinder gegen den Staat erzogen würden, und wir sollten uns darüber klarwerden, daß man uns die Kinder entziehen könne.

Wir lebten ein Jahr von unseren Ersparnissen. Dann wurden das Auto verkauft und unsere Einrichtung. Wir hatten uns ein Jahr vorher neu eingerichtet. Möbel und gute Gebrauchsgüter waren in der DDR nicht billig, daß weiß jeder. Wir hatten lange gespart. Wir lebten jedenfalls gut anderthalb Jahre von unseren Ersparnissen und vom Verkauf unseres Mobiliars. Anschließend war dann alles verbraucht. Wir hatten eigentlich immer Angst gehabt.

Wir lernten dann zufälligerweise die Samaritergemeinde kennen. Ich kann den Kirchen in der gesamten ehemaligen DDR, nicht nur in Berlin, nur einen großen Dank aussprechen, denn sie waren damals ein Sammelbecken für viele Menschen, für junge Menschen, aber auch für ältere, für Menschen, die verzweifelt waren, die Probleme hatten, z. B. mit dem Wehrdienst, die in vielen Fragen mit dem Staat einfach nicht mehr klarkamen und sich dort getroffen haben, wo Menschen miteinander sprechen konnten. Ich hatte das Glück, mich damals der Samaritergemeinde anschließen zu können, und wurde bis zu meiner Ausreise als teilbeschäftigter Mitarbeiter der Kirche, als Haushandwerker, angestellt und bin bei vielen Gliedern der Gemeinde bis

heute noch tätig. Denn ohne die Hilfe dieser Leute noch weit über ein Jahr hätten wir das nicht unbeschadet geschafft.

Ich möchte nur noch bemerken: Als wir ausgereist sind, wog meine Frau 37 kg. Sie mußte noch einmal ärztlich vorgeführt werden, weil man sagte, man lasse keine kranken Menschen aus der DDR ausreisen. Wir sind am 1. März 1984 glücklich aus der DDR ausgereist.

Vielen Dank.

(Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Herzlichen Dank, Herr Dembicki. Als nächste bitte ich jetzt Silvia Mangoldt aus Erfurt.

Silvia Mangoldt: Zunächst möchte ich für die Einladung danken und vorausschicken, daß mich die Schicksale, die ich jetzt höre, sehr betroffen machen. Ich stelle dabei fest, daß meine eigene Verdrängung die ganze Zeit über ziemlich gut funktioniert hat. Ich habe aber während der Ausarbeitung dieser Darlegungen bemerkt, daß ich mich noch einmal intensiv damit beschäftigen muß, und habe auch eine Ahnung davon bekommen, warum mich meine Arbeit jetzt im Kinderheim – ich habe vor einem Jahr auch wieder im Kinderheim gearbeitet, dann nach der Wende – wieder so sehr emotional betroffen, oft aggressiv gemacht hat: weil ich mit Erziehern und mit Problemen zu tun hatte, die ich schon vor der Wende kannte.

Ich möchte noch eines zur heutigen Anhörung sagen. Ich finde es schade, daß so wenig Öffentlichkeit da ist,

(Beifall)

ich würde es aber noch schlimmer finden, wenn bei der Presse das Bild derart entstehen würde, daß sich das aus Mangel an Interesse so darstellt. Das ist aber auf keinen Fall so, sondern das ist einfach ganz schlecht publiziert worden.

(Beifall)

Jetzt einige Anmerkungen zu den Erfahrungen, die ich in dem Kinderheim in Erfurt gemacht habe. Ich habe dort im August 1988 nach meinem Psychologiestudium zu arbeiten begonnen und war dort die einzige Psychologin. Ich hatte vorher von meiner Familie, weil wir auch oft die Erfahrung gemacht hatten, daß Widerstand überhaupt nichts bringt, daß das nur Mundverbrennen ist, mit auf den Lebensweg bekommen:

Schweig lieber, wenn etwas ist, was gegen deine Meinung geht; so brauchst du dir nicht den Mund zu verbrennen, brauchst aber auch nicht zu lügen.

Ich habe das lange Zeit durchgehalten, weil ich mein Psychologiestudium gern abschließen wollte. Das war aber für mich mit einer moralischen Verpflichtung verbunden, daß ich dann den Mund aufmachen wollte, wenn ich mein Ziel erreicht hatte. Es war dann mit der Arbeitsaufnahme im Kinderheim